

Einen schönen Sommer



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in diesen Wochen genießen die meisten von Ihnen hoffentlich die Sommerferien, um von den vielen Aktivitäten des Alltags einmal durchzuatmen. Auch in Hannover und hier im Wahlkreis ist es um diese Zeit etwas ruhiger, gleichwohl wirft vor allem die Kommunalwahl ihre Schatten voraus.

Gerade mit Blick auf den 11. September sollten wir den Bürgern noch einmal sehr deutlich machen: Es macht einen Unterschied, wer in diesem Landkreis und in den Gemeinden regiert. Deshalb sind auch Wahlen wichtig! In dieser Feststellung sind sich zumindest die Parteien stets einig. Trotzdem ging in den letzten Jahren das Inte-

resse an politischer Beteiligung immer weiter zurück, wie vielen von uns bei der Gewinnung von neuen Kandidaten gemerkt haben. Das war aber auch an der sinkenden Wahlbeteiligung abzulesen. Damit ist es aber jetzt vorbei. Wer genau hin hört merkt, überall sprechen die Menschen wieder vertieft über Politik, sind interessiert, nicht erst seit der Flüchtlingskrise. Die Deutschen diskutieren über ihr Land, über Europa, den „Brexit“ und streiten am Stammtisch über den richtigen Weg. Diese Stimmung sollten wir nutzen und zum aktiven Gestalten aufrufen. Die Menschen müssen einmal mehr merken, dass es jetzt auf sie an-

kommt. In diesem Sinne sollten wir die kommenden Wochen gemeinsam nutzen. Für unseren Landkreis Harburg. Für Niedersachsen.

Anlässlich des „Deutschen Bauerntages 2016“ hat die CDU-Landtagsfraktion ein 10-Punkte-Papier für eine zukunftsfähige Landwirtschaft vorgelegt, zu dem Sie in diesem „Landtag im Blick“ ausführliche Informationen erhalten. Außerdem finden Sie Artikel zum Investitionsstau beim Krippenausbau, zum Thema Schutz vor Einbruch, wie die Landesregierung den Landkreis Harburg als Reservekasse bei den Flüchtlingskosten nutzt, der Frage, wie steht es um die

Feuerwehren im Land und zum Thema Abschaffung des „Soli“.

Ich wünsche viel Freude beim Lesen der Juli-Ausgabe meines Info-Briefes und weiterhin eine erholsame Ferienzeit

Herzliche Grüße

Ihr

André Bock

Inhalt

Editorial	1
Informationen aus dem Wahlkreis	2
Informationen aus Hannover	3-6
Bildergalerie.....	6-8

INFORMATIONEN AUS DEM WAHLKREIS: BETREUUNG

Riesiger Investitionsstau beim Krippenausbau in Niedersachsen



Aktuell bremst die Landesregierung, den Krippenausbau in Niedersachsen aus: Bundesmittel aus dem entsprechenden Förderprogramm von 2015 bis 2018 in Höhe von 51 Millionen Euro sind bereits aufgebraucht. Für das neue Bundesprogramm ab 2017 sind noch keine Details bekannt – aber es liegen aus Niedersachsen

bereits Anträge in Höhe von 37 Millionen Euro vor. Grund: Der Bedarf an Krippenplätzen in Niedersachsen ist weiterhin sehr groß und die Kommunen wollen investieren. Kultusministerin Heiligenstadt muss jetzt schleunigst prüfen, ob das Land für Investitionen selbst zusätzliche Mittel bereitstellen muss. Schließlich muss der

Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz überall im Land sichergestellt werden.

Auch im Landkreis Harburg ist der Bedarf an Krippenplätzen groß: bei uns liegen Anträge in Höhe von 1.908.000 Euro vor, die aber aus dem aktuellen Förderprogramm nicht bedient werden können.

Die Kommunen müssen also hoffen, dass Gelder aus dem kommenden Förderprogramm fließen werden. Leider zeichnet sich ab, dass auch das neue Programm bald ausgeschöpft sein wird. Es gibt einen riesigen Investitionsstau beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige und die Ministerin hat offenbar keinen Plan, wie sie den Investitionsstau bewältigen will.

Offenbar sind die Ankündigungen der Landesregierung zum Doppelhaushalt 2017/2018, mehr im Bereich der frühkindlichen Bildung machen zu wollen, wieder einmal nichts wert. Das beklagte vor kurzem Christiane Oertzen, die Vorsitzende des Arbeitskreises Schule der Kreis-CDU.

Fakt ist: Wir sorgen uns angesichts des schnellen Ausbautempos um die Finanzierung der Betriebskosten für die Kitas und Krippen. 2015 musste die Ministerin dafür einen Nachtragshaushalt anmelden, um ein Haushaltsloch von 83 Millionen Euro zu schließen. Die Finanzierung beim Krippenausbau in Niedersachsen muss endlich auf verlässliche und solide Beine gestellt werden!

INFORMATIONEN AUS HANNOVER/DEM WAHLKREIS

Rot-grüne Landesregierung nutzt Landkreis Harburg als Reservekasse – Land hält 42.840.700 Millionen Euro Flüchtlingskostenerstattung zurück

Derzeit hält das Land 42.840.700 Millionen Euro zurück, die eigentlich als Erstattung für die Flüchtlingskosten an den Landkreis fließen müssten. Zwar erhalten die Kommunen pro Flüchtling 9500 Euro um die Kosten für Unterbringung und Integrationsleistungen zu decken. Das Geld wird allerdings erst mit zwei Jahren Verzögerung ausgezahlt, so dass die Kommunen in Vorleistung gehen müssen. Dabei basieren die

Erstattungsleistungen des Landes auf völlig veralteten Zahlen aus den Jahren 2013 und 2014. Die tatsächlichen Kosten der Landkreise und Städte können damit nicht gedeckt werden. Alle Vorstöße der CDU-Landtagsfraktion, die Leistungen an die aktuellen Flüchtlingszahlen anzupassen, wurden von Rot-Grün bisher abgeblockt.

Faktisch führt das dazu, dass das Land Niedersachsen sich bei den

niedersächsischen Kommunen einen Kredit in Höhe von 600 Mio. Euro genehmigt. Das hat die rot-grüne Landesregierung jetzt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion auch eingeräumt.

Unser Landkreis wird in diesem Jahr aufgrund der aktuellen Flüchtlingszahlen gegenüber dem Land einen Anspruch in Höhe von 51.785.000 Mio. Euro haben. Tatsächlich erstat-

tet das Land an unseren Landkreis aber nur 8.944.300 Mio. Euro. Das Land steht danach mit 42.840.700 Mio. Euro beim Landkreis in der Kreide.

Auf Deutsch gesagt: Die rot-grüne Landesregierung benutzt den Landkreis Harburg als Reservekasse und bringt uns damit in eine finanzielle Zwangslage. Verantwortungsbewusstes Regieren sieht anders aus!

INFORMATIONEN AUS HANNOVER: SICHERHEIT

Einbruchschutz als Aufgabe verstehen - Landesregierung muss handeln!

Im Bereich Innere Sicherheit sind wir – leider – nach wie vor mit der rot-grünen Landesregierung schlecht ausgestattet. Dies machen nicht nur die gewonnenen Erkenntnisse im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Tätigkeiten Sicherheitsbehörden gegen die islamistische Bedrohung“, nicht nur der aktuelle Vorstoß der GRÜNEN gegen Einsatz von Pfeffersray durch Polizeibeamte, sondern auch das fehlende Engagement für mehr Einbruchschutz deutlich.

Die CDU-Landtagsfraktion hat auf den deutlichen Anstieg der Einbruchskriminalität reagiert und einen Entschließungsantrag in das Plenum eingebracht. Dieser wurde von der rot-grünen Landesregierung mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Karsten Becker (SPD) verglich die aktuelle Statistik mit Zahlen aus den 90er Jahren und begründete damit unter anderem die Ablehnung seiner Fraktion. Die Werte seien nicht so hoch, wie zur damaligen Zeit – wohl hat die SPD-Fraktion dabei vergessen, dass sich auch die Zeiten und die Werte in den Haushalten deutlich verändert haben. Rot-Grün beharrt darauf, dass im durchschnittlichen Vergleich zu anderen Bundesländern, die bestehenden Präventionspotenziale wohl deutlich besser

ausgeschöpft werden – aber auch dies darf kein Grund sein, nicht endlich Polizei besser auszustatten, um der steigenden Einbruchskriminalität entgegenzuwirken. Für die rot-grüne Regierungsfraktion leider schon.

Zum Hintergrund:

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik verzeichnet für das Jahr 2015 einen Anstieg der Einbruchskriminalität auf 16.575 registrierte Fälle. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies ein Anstieg um 1.921 Fälle oder um 13,11 %. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote auf 22,2 Prozent abgesunken. Und ausweislich einer aktuellen Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen kommt es derzeit in Niedersachsen zu einer Verurteilungsquote von gerade einmal 2,6 Prozent der angezeigten Taten.

Auch im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg, zu der auch die Landkreise Harburg und Stade gehören, gab es im ersten Quartal 2016 einen Anstieg der Taten gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent! Insgesamt hatte im vergangenen Jahr die Zahl der Einbrüche mit 1.146 erfassten Fällen schon einen traurigen Höchststand erreicht.

Es ist hinlänglich bekannt und

auch wissenschaftlich durch eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstitut aus 2014 untersucht, dass das Eindringen in den persönlichen Lebensbereich der Opfer oftmals zu einer Traumatisierung führt. 9,7 % der Opfer zogen laut der Studie um und 14,8 % der Opfer verspürten den Wunsch umzuziehen. Diese Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion nicht länger hinnehmbar.

Ich meine, es sind nicht zuerst die Wohneigentümer, die bei steigender Einbruchskriminalität in die Pflicht genommen werden sollten, das ist zuallererst Verantwortung der Landesregierung, endlich ihrer Aufgabe gerecht zu werden und für Sicherheit in den Niedersachsens Wohngebieten zu sorgen.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert im Entschließungsantrag konkret:

- 1.000 zusätzliche Stellen für Polizeibeamte in den nächsten vier Jahren
- die personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Justiz zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität zu verbessern
- Sonderkommissionen der Polizei (Teams bei Ermittlern, Bereitschaftspolizei, mobile

Einsatzkommandos, Zivilfahnder) nach dem Vorbild Hamburgs und Nordrhein-Westfalens

- die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für den Bereich der Wohnungseinbrüche durch das LKA
 - die Aufnahme von DNA-Spuren an Tatorten deutlich auszuweiten
 - die Verknüpfung von Daten aus verschiedenen Quellen, um Einbruchsmuster zu erkennen und vorherzusagen („predictive policing“)
 - eine Bundesratsinitiative zum Wegfall des minder schweren Falls beim Wohnungseinbruchsdiebstahl im Strafgesetzbuch
 - eine Bundesratsinitiative, um Wohnungseinbruchsdiebstahl als Katalogstraftat für die Vorratsdatenspeicherung einzuführen
 - sowie den verstärkten Einsatz von Zivilfahndern auf den Autobahnen und Bundesstraßen, um so die Reiserouten von Einbruchsbanden gezielt überwachen und durch Kontrollen den Fahndungsdruck zu erhöhen.
- Wir müssen unsere niedersächsischen Sicherheitsbehörden Endlich in die Lage versetzen, Einbruchskriminalität effektiv zu bekämpfen!

INFORMATIONEN AUS HANNOVER: LANDWIRTSCHAFT

Politik muss verlässliche Rahmenbedingungen für Landwirte schaffen – CDU legt 10-Punkte-Papier für zukunftsfähige Landwirtschaft vor

Anlässlich des „Deutschen Bauerntages 2016“, der Ende Juni unter dem Motto „Zukunft sichern – Bauern stärken“ in Hannover stattfand, hat die CDU-Landtagsfraktion ein 10-Punkte-Papier mit ihren Forderungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Niedersachsen vorgelegt.

Es ist Aufgabe der Politik, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen und für eine möglichst große Planungssicherheit zu sorgen. Langfristig muss es vor allem darum gehen, die bürokratischen Lasten für die Betriebe auf ein erträgliches Maß runterzuschrauben.

Die Landwirte befinden sich in einem Spannungsfeld zwischen den wachsenden Ansprüchen der Verbraucher und einer zunehmenden Preisunsicherheit – wie die aktuelle Milchpreiskrise mehr als deutlich zeigt. Die von der Gesellschaft geforderten Veränderungen können nur gemeinsam mit den Landwirten erreicht werden. Die Vorgaben für die Betriebe müssen praxistauglich und umsetzbar sein. Diffamierungen und Schuldzuweisungen bringen uns in dieser Debatte kein Stück weiter.

Unsere Landwirte leisten täglich Wertvolles für unser Land, deshalb verdienen Sie eine Politik, die sich aktiv für ihre Belange einsetzt.

Das 10-Punkte-Papier der CDU-Landtagsfraktion:

1. Bürokratieabbau

Es ist Aufgabe der Politik, verlässliche und planbare Rahmenbedingungen zu schaffen, die Zukunftsinvestitionen möglich machen. Bestehende Rechtsvorschriften und Vorgaben müssen kritisch auf ihren Sinn, ihre Vereinbarkeit untereinander und ihren Nutzen für das Erreichen gesellschaftlicher Ziele überprüft werden. Ziel muss es sein, die bürokratischen Lasten insgesamt deutlich zu senken.

2. EU-Förderung

Wir brauchen auch in Zukunft eine starke erste Säule der EU-Agrarförderung. Diese Direktzahlungen bedeuten gerade in Tiefpreisphasen eine wichtige Einkommenssicherung für die Landwirte.

Die Erhöhung der Artenvielfalt in der Kulturlandschaft ist uns ein großes Anliegen. Wir brauchen attraktive Agrarumweltprogramme, die den Ertragsausfall kompensieren, den die Betriebe durch zusätzliche Naturschutzleistungen aufbringen müssen.

3. Tierwohl

Bei der Verbesserung des Tierwohls müssen zusätzliche Leistungen auch zusätzlich entlohnt werden. Angesichts der geringen tatsächlichen Zahlungsbereitschaft der Kunden, dürfen die Kosten nicht allein den Tierhaltern aufgebürdet werden. Wenn ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren geht, droht die Abwanderung der Tierhalter in Länder mit wesentlich niedrigeren Standards und Kosten. Der Niedersächsische Tierschutzplan ist im Dialog mit den betroffenen Tierhaltern ergebnisoffen fortzuführen. Die Vorgaben des Tierschutzplans müssen wissenschaftlich fundiert, praxisorientiert und vom Tierhalter leistbar sein. Wir begrüßen die Brancheninitiative „Tierwohl“ als einen Schritt in die richtige Richtung. Daher appellieren wir an die bislang nicht beteiligten Marktteilnehmer, sich der Initiative ebenfalls anzuschließen, um weiteren Betrieben die Teilnahme zu ermöglichen und insgesamt mehr Tierwohl in Deutschland umzusetzen.

4. Grundwasserschutz

Um der steigenden Nitratbelastung in einigen niedersächsischen Grundwasserkörpern entgegenzuwirken, brauchen wir mehr Transparenz über den Verbleib der Nährstoffe. Das darf jedoch nicht zu einer überbordenden Bürokratie in den Betrieben führen. Zudem bieten technische Innovationen erhebliches Potential zur Effizienzsteigerung und damit zur Einsparung von Mineraldünger.

5. Antibiotikaresistenzen

Die Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen im humanmedizinischen Bereich ist nur sehr bedingt auf die Tierhaltung zurückzuführen. Trotzdem muss alles Mögliche unternommen werden, um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung abzusenken. Kranke Tiere müssen auch in Zukunft behandelt werden können. Aus unserer Sicht ist der „One-Health-Ansatz“ unumgänglich, der sowohl die Veterinär- als auch die Humanmedizin umfasst.

6. Wertschätzung für Landwirte

Diffamierungen, denen sich landwirtschaftliche Familien zunehmend ausgesetzt sehen, sind nicht hinnehmbar. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Wertschätzung für die Arbeit unserer Landwirte zurückzugewinnen und in Zukunft zu erhalten.

7. Steuerliche Anpassungen

Wir brauchen steuerrechtliche Anpassungen, die eine bessere Gewinnglättung über die Jahre ermöglichen, um in Zukunft besser auf witterungs- und marktbedingte Preisschwankungen reagieren zu können.

8. Flächenverbrauch

Durch die Ausweisung zusätzlicher Siedlungs- und Verkehrsflächen geht der Landwirtschaft in Deutschland täglich eine Fläche verloren, die der eines ganzen Betriebes entspricht. Dieser Trend muss dringend gestoppt werden. Gleichzeitig müssen Landwirte für jede Fläche, die versiegelt wird, im gleichem oder größerem Umfang Naturschutzmaßnahmen leisten. Die Betriebe sind damit doppelt von einem außerlandwirtschaftlichen Flächenverbrauch betroffen. Wir brauchen ein neues Kompensationsrecht, um hier gezielt Abhilfe zu schaffen.

9. Schutz vor außerlandwirtschaftlichen Investoren

Landwirtschaftliche Nutzflächen gelten als inflationssichere Geldanlage – das Interesse investitionswilliger Nichtlandwirte am Erwerb dieser Flächen steigt deshalb stetig an. Dieser Entwicklung muss dringend etwas entgegengesetzt werden. Die bisherigen Vorgaben des Grundstücksverkehrsrechts haben sich als nicht ausreichend erwiesen.

10. Forschung, Innovation und Wissenstransfer

Um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, brauchen wir eine starke Agrarforschung, die in enger Verzahnung mit der Praxis Innovationen entwickelt. Neue Erkenntnisse müssen durch gute Ausbildung und Beratung schnell bei den Betrieben ankommen.



INFORMATIONEN AUS HANNOVER: FEUERWEHREN

Niedersachsens Feuerwehren haben mehr verdient als rot-grüne Ignoranz!

Ohne die Freiwilligen Feuerwehren würde vieles im Landkreis Harburg schlecht laufen. Man denke gerade in diesen Wochen an überschwemmte Keller, umgefallene Bäume, die Straßen blockieren oder an die niedergebrannte alte MTV-Halle mitten in der Stadt Winsen – bei all diesen z. T. lebensbedrohlichen Ereignissen ist die Freiwillige Feuerwehr zur Stelle - und das zu jeder Zeit!

Als eine verpasste Gelegenheit, die Freiwillige Feuerwehr wertzuschätzen, sehe ich deshalb die Antwort der Landesregierung auf die CDU-Anfrage „Wie steht es um die Feuerwehr in Niedersachsen?“.

Fest steht: Wir brauchen mehr Lehrgänge, müssen mehr in-

vestieren und auch das aktuell sehr dringende Thema Integration bleibt unter der rot-grünen Landesregierung leider unangetastet. Außerdem fehlt es an einem angemessenen Konzept zum Ausbau der Lehrgangskapazitäten an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK). Nach Auskunft der Landesregierung fehlen vor allem wichtige Fortbildungen für Führungskräfte: Rund 2.400 Feuerwehrleute werden als Gruppen- oder Zugführer eingesetzt, ohne die dafür nötigen Lehrgänge absolviert zu haben. Dieses Personal braucht dringend eine adäquate Aus- und Fortbildung!

Auch fehlt es an Nachwuchs. Rund 9.000 der qualifizierten

Führungskräfte sind bereits über 50 Jahre alt, was die Ausbildung jüngerer Kameraden noch drängender macht!

Erfreulicher Lichtblick: Der Landtag hat auf seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zwei Anträge (von CDU und SPD/Grüne) zur Verbesserung der Ausbildungssituation bei den Feuerwehren beschlossen. Das ist das richtige Signal an unsere Feuerwehrleute: Das Jahr 2020 wurde als konkreter Termin für die Realisierung des ersten Bauabschnitts des Ausbildungs- und Trainingszentrums in Celle-Scheuen festgelegt.

Ebenso haben wir im Landtag eine Attraktivitätssteigerung für den Dienst der Ausbilder an

der NABK vereinbart. Vor allem die schlechtere Bezahlung an der NABK, beispielsweise gegenüber Berufsfeuerwehren, war ein Grund für den Mangel an Lehrpersonal und damit für die fehlenden Lehrgangsplätze.

Ich finde aber, die Attraktivität des Ehrenamtes in der Feuerwehr muss durch spezielle Anreize weiter gesteigert werden, Feuerwehrleute könnten beispielsweise bei der Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst besonders beachtet werden. Engagierte Kameraden sind auch gute Mitarbeiter und eine Bereicherung für jedes Unternehmen. Wenn die Öffentliche Hand bei diesem Thema vorangeht, werden auch private Arbeitgeber folgen.

INFORMATIONEN AUS HANNOVER: FINANZEN

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Reinhold Hilbers fordert: Weichen für das Auslaufen des Soli bereits heute stellen

Hannover. Anlässlich des so genannten Steuerzahlergedenktag am 12. Juli (so der Bund der Steuerzahler) hat sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, für das schrittweise Auslaufen des Soli ausgesprochen, um die Steuerlast zu senken: „Der Soli sollte ab 2020,

nach Auslaufen des Solidarpaktes, schrittweise abgebaut werden. Dafür müssen bereits jetzt in der Finanzplanung die Weichen gestellt werden. Die Länder, auch Niedersachsen, dürfen nicht länger versuchen, den Solidaritätszuschlag zu einem Dauerinstrument ihrer Einnahmepolitik zu machen.“

Als Grund nennt Reinhold Hilbers die sprudelnden Steuereinnahmen und die historisch niedrigen Zinsen. „SPD und Grüne sollten aufhören, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Lebensdauer des Soli künstlich verlängern zu wollen. Das Geld ist in erster Linie am besten bei den Menschen aufgehoben und nicht

beim Staat. Daher sollten wir dafür sorgen, dass der Staat den Menschen für die Erledigung seiner Aufgaben und zur Einkommensumverteilung möglichst wenig abnimmt. Den derzeit befristeten Soli in eine unbefristete Umlage umzuwandeln, käme einer Steuererhöhung gleich.“



„Eine Forderung, die ich absolut unterstützen kann!“

ANDRÉ BOCK UNTERWEGS - BILDERGALERIE

18.03.2016 - Guter Abend der Fraktion mit rund 500 eingeladenen Personen, die sich für die Flüchtlinge engagieren. Vortrag und Diskussion mit Kanzleramtsminister Peter Altmeier, der die ganze Entwicklung, Problematik, Erfolge und den weiteren Weg gut und anschaulich aufzeigte. Ein Dankesabend für das Ehrenamt unter dem Titel „Das Ehrenamt zwischen Flüchtling und Politik“. Auch aus dem Landkreis Harburg konnten Heiner Schönecke und ich unsere Gäste begrüßen (siehe Foto mit dem Minister).



21.04.2016 - Mit dem AK Umwelt vor Ort im Zementwerk Holcim in Sehnde-Höver. Gemeinsam mit den Kollegen aus dem Arbeitskreis Umwelt der CDU-Landtagsfraktion.



02.05.2016 - Reise mit dem Arbeitskreis Kultus nach Brüssel



06.06.2016 - Ein gutes Produkt braucht einen guten Preis! – das findet auch die CDU-Landtagsfraktion und unterstützt die Online-Petition des Landvolks für einen fairen Milchpreis.



10.05.2016 - Gemeinsam mit meinem CDU-Landtagkollegen Thomas Adasch (polizeipolitischer Sprecher) bei der Polizeistation in Winsen zum Gespräch und Austausch.



ANDRÉ BOCK UNTERWEGS - BILDERGALERIE

14.06.2016 - EU-Projekttag
in der Oberschule Hanstedt



13.06.2016 - Zwei Tage begleiten mich die Schülerinnen Sarah, H. MacKenzie und Nina Murrar vom Winsener Gymnasium nach Hannover und im Wahlkreis. Als Einstieg gab es einen kurzen Rundgang durch den Landtag, danach haben die Schülerinnen an der Sitzung des Umweltausschusses teilgenommen.

14.06.2016 - Einsetzen des letzten Bauelements im Rahmen der Errichtung von Lärmschutzwänden im Bereich Seevetal / Hittfeld / Fleestedt / Meckelfeld.



30.06.2016 - Im Rahmen seiner Sommertour war ich gemeinsam mit unserem CDU-Generalsekretär Ulf Thiele, Britta Witte und Anette Randt im Zeltlager der Kreisjugendfeuerwehr in Buchholz. Ein Hoch auf die Organisatoren, Helfer, Betreuer und Unterstützer für dieses tolle, ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit der Feuerwehren! Sehr beeindruckend!



09.07.2016 - Schützenfest in Toppenstedt, hier bei der Königsproklamation mit Helmut Gehrke, Bürgermeister von Vierhöfen und 2. stellv. Samtgemeindebürgermeister von Salzhausen

ABSCHLUSSZITAT

**„Der Sozi ist nicht grundsätzlich dumm,
er hat nur sehr viel Pech beim Nachdenken.“**
(von Alfred Tetzlaff – „Ein Herz und eine Seele“)

ANDRÉ BOCK, Landtagsabgeordneter Wahlkreis 50

Wahlkreisbüro:

Rathausstraße 7

21423 Winsen (Luhe)

Telefon: 04171 6925968

Fax: 04171 6925969

E-Mail: a.bock@andrebock.de

Internet: www.andrebock.de

ELBMARSCH
HANSTEDT STELLE
SALZHAUSEN WINSEN